

**Zeitschrift:** Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

**Band:** 86 (1994)

**Heft:** 4

**Rubrik:** Die internationale Rundschau

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 06.10.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Österreich: Jeder 5. Lehrling wirft das Handtuch

■■■■ Rund 20 Prozent aller Jugendlichen, die eine Lehre beginnen, schliessen diese Ausbildung nicht ab. Sie werden entweder arbeitslos oder beginnen eine Tätigkeit als ungelernter Arbeiter. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie zur Situation der Lehrlinge und Lehrabsolventen in Österreich. ■■■■

Quelle: ÖGB-Nachrichtendienst 2766

## Deutschland: IG Metall fordert «bis zu 6 Prozent» mehr Lohn

■■■■ Die IG Metall will in der kommenden Tarifrunde für die rund 3,8 Mio. Beschäftigten der Metallindustrie Einkommenserhöhungen von «bis zu 6 Prozent» durchsetzen. Die von den Metallarbeitgebern geforderte Verschiebung der zum 1. Oktober 1995 tariflich vereinbarten Einführung der 35-Stunden-Woche lehnt die Gewerkschaft strikt ab. ■■■■

Quelle: ÖGB-Nachrichtendienst 2765

## Deutschland: CDU für weniger Sozialleistungen

■■■■ Die deutsche CDU/CSU will nach der Bundestagswahl die Sozialleistungen weiter einschränken. Das Ziel der Reformen im Sozialsystem müsse «Mehr Eigenverantwortung des einzelnen, weniger soziale Hängematte» lauten, sagte

der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Schäuble. Nach Schäubles Worten gibt es für Sozialhilfe-Empfänger zu wenige Anreize, die Arbeit wieder aufzunehmen. Das wolle die Union in der kommenden Legislaturperiode ändern. «Wer nicht arbeiten will, bekommt weniger Sozialhilfe», sagte Schäuble. Er begründete den Vorstoss mit den hohen Kosten des Sozialsystems. ■■■■

Quelle: ÖGB-Nachrichtendienst 2764

## Europa: Keine Gleichheit des Entgelts

■■■■ Aus einem kürzlich veröffentlichten Memorandum der Europäischen Kommission geht hervor, dass das Entgelt von Frauen nahezu 20 Jahre nach der Verabschiedung der diesbezüglichen EG-Richtlinie von 1975 immer noch unter dem der Männer liegt. Italienische Arbeiterinnen schnitten mit 82,7% des Stundenlohns der Männer noch am besten ab. Die Französinen lagen mit 80,8% nur knapp dahinter. Luxemburg bildete mit 60,5% das Schlusslicht, und die Irinnen standen mit 62,5% kaum besser da. Die Kommission machte die Segregation und die voreingenommene Klassifizierung der Tätigkeiten für diesen Missstand verantwortlich. Sie erklärte, dass Lohndiskriminierung die Flexibilität des Arbeitsmarktes behindere. ■■■■

Quelle: Freie Gewerkschaftswelt 9, 94

## Kolumbien: Konkrete Projekte für Wäscherinnen

■■■■ In Kolumbien haben Gewerkschafterinnen des CTC mit Hilfe des IBFG Wäscherinnen organisiert und dazu veranlasst, Waschhäuser einzurichten und zu betreiben, wodurch sich ihre Arbeitsbedingungen verbessert haben. Die Frauen bekamen ferner eine Management-Schulung, um das Gebäude als Genossenschaft betreiben zu können. Jetzt werden Mittel gesammelt, um ein Geschäft, eine Klinik und eine Cafeteria anzubauen. ■■■■

Quelle: Freie Gewerkschaftswelt 9, 94

## Türkei: Gewerkschaften übers Ohr gehauen?

■■■■ Seit Ministerpräsidentin Ciller 1993 IBFG-Generalsekretär Enzo Friso zusagte, die Arbeitsgrenze ihres Landes zu verbessern, hat die Türkei sieben IAO-Übereinkommen ratifiziert. In der Praxis werden die Gewerkschaften aber immer noch diskriminiert. Lange ging es dem Türkischen Gewerkschaftsbund DISK in erster Linie darum, sein Existenzrecht zu verteidigen. Der IBFG-Mitgliedsbund war zwölf Jahre lang von den Militärmachthabern verboten, seine Funktionäre sassen im Gefängnis oder standen vor Gericht und mussten mit Todesstrafen rechnen. 1991 wurde er wieder zugelassen. Er bekam sein von der Regierung beschlagnahmtes Vermögen zurück, aber

die über 330 Delegierten des 9. DISK-Kongresses in Istanbul machten Anfang August deutlich, dass der Kampf um die Gewerkschaftsfreiheit in der Türkei fort dauert. Bei ihrem Amtsantritt vor drei Jahren sagte die Koalitionsregierung die Wiederherstellung der Gewerkschaftsrechte und die Abschaffung repressiver Gesetze zu. 1993 ratifizierte die Türkei sogar das IAO-Schlüsselübereinkommen 87 und sechs weitere. In der Praxis hat sich jedoch wenig geändert. Im öffentlichen Dienst und in Lehrberufen sind Gewerkschaften weiterhin verboten; das Streikrecht wird immer noch stark eingeschränkt; Beschränkungen der Tarifautonomie treffen den DISK während des Wiederaufbaus seiner Strukturen besonders hart. Es bleibt abzuwarten, ob die Regierung schliesslich von Worten zu Taten übergehen wird. Die aktuellen Beziehungen zwischen der Regierung und den Gewerkschaften geben wenig Anlass zu Optimismus. Die einseitige Verhängung strikter Sparmassnahmen im April veranlasste die drei Gewerkschaftsbünde Türk-Is, Hak-Is und DISK zur Bildung der Plattform für Demokratie in Opposition zur Regierung. ■■■■

Quelle: Freie Gewerkschaftswelt 10, 94